



AMTSBLATT

des

k. u. k. Kreiskommandos Janów in Polen.

Abonnements-Preis $\frac{1}{4}$ jährig 3 Kr.

Nr. 21.

JANÓW, am 15. Oktober 1916.

Inhalt: 1. Notstandsaktion. 2. Amtstage. 3. Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles (Durchführungsvorschrift). 4. Heranziehung des Verbandes der Branntweimbrennereiunternehmer mit dem Sitze in Lublin zur Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles. 5. Bestimmungen über die Entrichtung der Nachsteuer aus Anlaß der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles. 6. Maßnahmen gegen das Bandenunwesen. 7. Kundmachung. 8. Missionspredigten. 9. Approvisionierung. 10. Mahlbewilligungen. 11. Hülsenfrüchte, Kleearten, Beschlagnahme. 12. Verwertung von Kartoffelkraut etc. 13. Verwertung der Hopfenranken. 14. Ausnützung der Ausreuter und Ausputz von Getreide. 15. Vertilgung der Feldmäuse. 16. Heranziehung von Einwohnern des Okkupationsgebietes zum Finanzwachdienste. 17. Holzlieferungen. 18. Tierärztliche Kurpfuscherei. 19. Kontrolle der Melasse. 20. Leuchtpetroleum, Verwendung. 21. Umrechnungskurse. 22. Weichselfluß-Schiffahrt. 23. Erhöhung der Postgebühren. 24. Steckbrief-Wideruf. 25. Militärgerichtliche Verurteilungen. 26. Nachforschung. 27. Zivilgerichtliche Verurteilungen. 28. Gendarmerie-Posten-Aufstellung. 29. Transportmittel-Anmeldung.

1. Notstandsaktion.

Anläßlich des Namensfestes Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph I. am 4. Oktober l. J. wurden zu Händen des Notstandshilfskomitees aus der Kassa des k. u. k. Kreiskommandos nachstehende Unterstützungen bewilligt u. zw.:

Zwecks Anschaffung von Kleidern und Beschuhung für arme Schulkinder . . . 3000 K
für das Kinderheim in Janów . . . 300 K

2. Amtstage.

Im Monate November 1916 werden die Amtstage wie folgt abgehalten:

1. Am 6. November im Gemeindeamte Zakrzówek um 11 Uhr vormittags für die Gemeinden Zakrzówek, Wilkołaz, und Brzozówka;

2. Am 7. November im Gebäude des Stadtmagistrates Kraśnik um 10 Uhr vormittags für die Gemeinden: Trzydnik, Urzędów, Dzierzkowice und die Stadt Kraśnik.

3. Am 8. November im Gemeindeamte Annopol um 10 Uhr vormittags für die Gemeinden Annopol, Gościeradów und Kosin;

4. Am 9. November im Gemeindeamte Zaklików um 10 Uhr vormittags für die Gemeinden Zaklików und Potok wielki;

5. Am 13. November in Janów im Saale der Finanzabteilung des k. u. k. Kreiskommandos um 10 Uhr vormittags für die Gemeinden: Chrzanów, Kawęczyn, Modliborzyce und die Stadt Janów.

Bezüglich Teilnahme an diesen Amtstagen gelten die Bestimmungen des Amtsblattes Nr. 20 vom 1. Oktober 1916, Punkt 7.

3. Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles (Durchführungsvorschrift).

(Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 26. September 1916.)

Auf Grund der §§ 2, 5 und 20 der Verordnung des Armee-Oberkommandanten vom 22. April 1916, Nr. 55 V.-Bl., wird angeordnet, wie folgt:

§ 1.

Ausnahmen vom Monopole.

Vom Einfuhr- und Absatzmonopole (§ 1 der Verordnung des Armee-Oberkommandanten), ausgenommen ist jeder aus der österreichisch-ungarischen Monarchie eingeführte, aus Obst- oder durch Zusatz pflanzlicher Stoffe erzeugte Branntwein (Likör, Rosoglio, Rum, Cognac etc.), sowie jeder im Okkupationsgebiete aus Obst erzeugte Branntwein.

Der eingeführte, vom Monopol befreite Branntwein unterliegt einer Abgabe, die mit dem Zolle eingehoben wird und bei einer Gradhaltigkeit von höchstens 50 Grad Alkohol 50% des Zollsatzes, bei einer höheren Gradhaltigkeit 75% des Zollsatzes, beträgt.

In dieser Abgabe sind die ärarischen Kommissionsgebühren inbegriffen.

§ 2.

Beschränkung des Absatzes.

Die nach § 4 der Verordnung des Armee-Oberkommandanten zum Absatze von Spiritus oder Branntwein ermächtigten Personen dürfen nur solchen Spiritus oder Branntwein absetzen, der nach § 1 vom Monopole ausgenommen ist, oder von der k. u. k. Militärverwaltung bezogen, oder aus dem von ihr bezogenen Spiritus oder Branntwein erzeugt wurde.

§ 3.

Übernahme- und Übergabspreise durch die k. u. k. Militärverwaltung. Verschleißpreise.

Der Erzeuger hat der k. u. k. Militärverwaltung den Spiritus oder Branntwein im Rohzustande um 7 Kopeken, im rektifizierten Zustande um 8·2 Kopeken per einen Eimergrad Alkohol, loco der von der k. u. k. Militärverwaltung zu bestimmenden Lieferungsstelle, abzugeben. Die Menge und Gradhaltigkeit der abgegebenen Flüssigkeit wird an der von der

k. u. k. Militärverwaltung für jeden Erzeuger festgesetzten Übernahmestelle amtlich ermittelt.

Der Raffinierungslohn wird mit 1 Kopeke per Eimergrad des abgegebenen rektifizierten Spiritus festgesetzt.

Die Preise und der Raffinierungslohn (Absatz 1 und 2) gelten nur für den aus Kartoffeln oder Getreide erzeugten Spiritus. Aus allen anderen Rohstoffen (Melasse, Rübe) erzeugte Spiritus, sowie Preßhefespiritus darf nicht für den Konsum, sondern nur für gewerbliche Zwecke oder zur Ausfuhr verarbeitet werden; die Preise und der Raffinierungslohn für diese Sorten werden bei Übernahme durch die k. u. k. Militärverwaltung fallweise festgesetzt.

Die k. u. k. Militärverwaltung überläßt den konzessionierten Händlern den Spiritus oder Branntwein um einen Preis, der vom k. u. k. Militär-General-Gouvernement derart bemessen wird, daß er um eine Provision von nicht mehr als 5% hinter dem Verschleißpreis zurückbleibt. Der Preis muß in Goldmünzen erlegt werden, die zu ihrem jeweilig verlaublichen Annahmewerte berechnet werden. Die Empfangsstelle ist ermächtigt, in rücksichtswürdigen Fällen den Preis in anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln entgegenzunehmen.

Der Verschleißpreis beträgt 47 Kopeken per Eimergrad Alkohol.

Der Verschleißpreis findet auf den nach § 1 vom Monopole ausgenommenen Branntwein, sowie auf jenen Branntwein keine Anwendung, der aus dem von der k. u. k. Militärverwaltung bezogenen Spiritus durch Zusatz pflanzlicher Stoffe erzeugt wurde (Likör, Rosoglio, Rum, Cognac etc.).

§ 4.

Übernahme-, Übergabs- und Verschleißbedingungen.

Die Übernahme des Spiritus oder Branntweines vom Erzeuger erfolgt nur durch Organe, die von der k. u. k. Militärverwaltung mit Ermächtigungsdekreten betheilt sind.

Die Übergabe von Spiritus oder Branntwein an den Handel erfolgt nur im rektifizierten Zustande in einer Stärke von 50 oder 95 Grad Alkohol, in Mengen von wenigstens einem Eimer (12·299 Liter), in versiegelten, mit Etiketten versehenen Flaschen von $\frac{1}{40}$, $\frac{1}{20}$ oder $\frac{1}{10}$ Eimer Inhalt, oder in versiegelten Fässern oder anderen Gefäßen.

Die Übergabe an den Handel wird auf den Flaschen, Fässern oder anderen Gefäßen durch Etiketten und Siegel nach den als Beilage A angeschlossenen Formularen ersichtlich gemacht.

Beim Absatze müssen die Preise, die sich für den in geschlossenen Gefäßen verkauften Spiritus oder Branntwein ergeben, auf den Gefäßen deutlich ersichtlich sein.

Beim Ausschank müssen die Preise für je $\frac{1}{8}$ Liter oder für ein kleineres Gefäß, in dem der Ausschank erfolgt, durch Anschlag im Lokale ersichtlich sein.

§ 5.

Transporte.

Jeder Transport von Spiritus oder Branntwein muß von einer amtlichen Bestätigung begleitet sein, daß er zur Ausübung des Monopolrechtes der k. u. k. Militärverwaltung oder mit ihrer Bewilligung erfolgt.

Ausgenommen von dieser Vorschrift sind Transporte:

1. von Likör, Rosoglio, Rum, Cognac etc. oder Obstbranntwein (§ 1 und 3, Schlußabsatz).
2. von solchem Spiritus oder Branntwein, der von der k. u. k. Militärverwaltung bereits dem Handel übergeben wurde (§ 4, Absatz 2).

§ 6.

Verpflichtungen der Brennereien, Raffinerien und Händler.

Die Unternehmer, die sich mit der Herstellung oder dem Absatze von Spiritus oder Branntwein befassen, haben bezüglich der Art der Herstellung und des Betriebes, bezüglich des Füllens und Umfüllens in die Gefäße, bezüglich der Übergabe und Übernahme von Spiritus und Branntwein und bezüglich der Ausweisleistung hierüber den ihnen von der k. u. k. Militärverwaltung jeweils vorgeschriebenen Vorgang einzuhalten und die hierfür erlassenen Weisungen zu beobachten.

Zur Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles kann die k. u. k. Militärverwaltung eine Körperschaft oder Anstalt berufen und deren Verpflichtungen und Vollmachten festsetzen.

§ 7.

Umfang der Konzession zum Absatze.

Die Konzession zum Handel mit dem dem

Monopole unterliegenden Spiritus oder Branntwein ermächtigt zum Bezuge und Absatze dieser Flüssigkeiten in jenen Flaschen, in denen sie von der k. u. k. Militärverwaltung abgegeben werden (§ 4, Absatz 2).

Die Konzession zum Ausschank ermächtigt zum Bezuge der Flüssigkeiten in allen Gefäßen, in denen sie von der k. u. k. Militärverwaltung abgegeben werden und zum Absatze auch in unverschlossenen Gefäßen (§ 8 der Verordnung des Armeeoberkommandanten).

In Bezug auf jenen Branntwein, der dem Monopol nicht unterliegt, ermächtigt die Konzession zum Handel, zum Bezuge und zum Absatze des Branntweines in allen handelsüblich verschlossenen Gefäßen, die Konzession zum Ausschank zum Bezuge in solchen Gefäßen und zum Absatze auch in unverschlossenen Gefäßen.

§ 8.

Lieferungskontingent.

Die Unternehmer, die sich mit der Herstellung von Spiritus oder Branntwein befassen, haben die in der nächsten Betriebsperiode, das ist in der Zeit vom 1. September des einen bis Ende August des nächstfolgenden Jahres, voraussichtlich zu erzeugende oder zu verarbeitende Jahresmenge im Wege des Kreiskommandos bis spätestens 31. Juli eines jeden Jahres anzuzeigen.

Das Militär-General-Gouvernement wird sodann den einzelnen Brennereien mitteilen, welche Spiritusmengen und an welche Raffinerie diese von ihnen abzuliefern sein werden. Mit den Lieferungskontingenten werden nur landwirtschaftliche Brennereien nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit, sowie im Verhältnisse der zur Brennereiwirtschaft gehörenden bebauten Ackerflächen unter der Bedingung beteiligt, daß die bei Branntweinerzeugung gewonnene Schlempe als Viehfutter verwendet wird.

Brennereien oder Raffinerien, die in der abgelaufenen Betriebsperiode nicht im Betriebe standen, werden mit einem Lieferungskontingente nur beteiligt, wenn die Wiederaufnahme des Betriebes mit Zustimmung des Militär-General-Gouvernements erfolgt ist; diese Zustimmung wird nur nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfes erteilt.

Betriebe, in denen im Betriebsjahre weniger als 80% der abzuliefernden Mengen zur Uebergabe an die k. u. k. Militärverwaltung bereitgestellt wird, können, wenn nicht die Un-

möglichkeit, eine der Anmeldung entsprechende Menge herzustellen, nachgewiesen wird, vom Militär - General - Gouvernement geschlossen werden.

Dieser Paragraph findet auf den durch Zusatz pflanzlicher Stoffe erzeugten Branntwein (Likör, Rosoglio, Rum, Cognac etc.), sowie auf Obstbranntwein keine Anwendung.

§ 9.

Denaturierter Spiritus.

Die Einfuhr und der Absatz von denaturiertem Spiritus sind von den gegenwärtigen Verordnungen ausgenommen und werden vom Militär-General-Gouvernement durch besondere Vorschriften geregelt. Hierbei wird auch die Art der Denaturierung, sowie der Bezug des Denaturierungsmittels festgesetzt.

§ 10.

Schwendungen.

Den landwirtschaftlichen Brennereien wird ein Schwendungsabschlag von 2% von dem jährlichen Gesamterzeugnisse zugestanden. In diesem Schwendungsabschlage sind alle Erzeugungs-, Lager- und Transportverluste der Brennereien inbegriffen.

Eine weitere Bonifizierung der Brennereien findet nicht statt.

§ 11.

Übergangsbestimmungen.

Die am 1. Oktober 1916 in den Brennereien und Raffinerien verbleibenden Spiritusmengen werden von der k. u. k. Militärverwaltung gegen die im § 3 festgesetzten Preise und unter den dortselbst verzeichneten Bedingungen übernommen.

Die für diese Mengen bereits entrichtete Monopolsabgabe wird bei der Übernahme rückvergütet, bei rektifiziertem Spiritus unter Zuschlag von 2% für die Raffinations- und Lagerverluste, daher mit 306 Kopeken per Eimergrad der übernommenen rektifizierten Spiritusmenge.

Die am 1. Oktober 1916 in den Magazinen (Engroslagern) und bei den Händlern vorhandenen Spiritus- und Branntweinvorräte von einem Eimer Alkohol aufwärts unterliegen der Nachtragssteuer von 4 Kopeken per Eimergrad Alkohol.

§ 12.

Wirksamkeitsbeginn.

Diese Verordnung tritt mit 1. Oktober 1916 in Kraft.

Der k. u. k. Militär-General-Gouverneur:

KARL KUK m. p.,
Feldzeugmeister.

4. Heranziehung des Verbandes der Branntweinbrennereiunternehmer mit dem Sitze in Lublin zur Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles.

(Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 26. September 1916.)

Nr. 107551/F. A.

Mit Bezug auf § 6 der Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouverneurs vom 26. September 1916, Nr. 75 V.-Bl., betreffend die Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles (Durchführungsvorschrift) wird angeordnet, wie folgt:

Artikel I.

Der „Verband der Branntweinbrennereiunternehmer mit dem Sitze in Lublin“ hat innerhalb des Gebietes des k. u. k. Militär-General-Gouvernements Lublin von den Branntweinbrennereien den Spiritus in jenen Mengen sukzessive zu übernehmen, die vom Militär-Generalgouvernement gemäß § 8 der obzitierten Durchführungsvorschrift für die einzelnen Brennereien als Kontingent festgesetzt und bekanntgegeben werden.

Die Übernahme des Spiritus hat durch den Verband loko jener Raffinerien zu erfolgen, welchen die betreffenden Brennereien vom Militär-Generalgouvernement auf Grund der vorher zwischen dem Verbande und den Raffinerien bezüglich der Rektifizierung des Spiritus abgeschlossenen Vereinbarungen zugewiesen werden.

Diese Vereinbarungen hat der Verband dem Militär-Generalgouvernement spätestens bis zum Zeitpunkte der an die Brennereien erfolgenden Kontingentverlautbarung bekanntzugeben. Ebenso sind nachträgliche Verein-

barungen mit den Raffinerien oder Änderungen der bereits angezeigten Verträge dem Militär-Generalgouvernement zur Kenntnis zu bringen.

Im Falle eines Spiritusbedarfes für militärische Zwecke haben die Brennereien, oder der Verband der Brennereiunternehmer, den Spiritus in erster Linie der k. u. k. Militärverwaltung gegen Vergütung von 7 Kop. für Rohspiritus loko Bahnstation und 8·2 Kop. für rektifizierten Spiritus loko Raffinerie per Eimergrad Alkohol, prompt zu übergeben.

In diesem Falle wird die Menge und Gradhaltigkeit des Rohspiritus in der Brennerei, jene des rektifizierten Spiritus in der Raffinerie ermittelt.

Der Verband hat den zuständigen Kreiskommandos jene Personen namhaft zu machen, die bei der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles verwendet werden. Dieselben müssen volljährig und unbescholten sein und haben sich behufs Beteiligung mit den Ermächtigungsdekreten (§ 4, Abs. 1 der Durchführungsvorschrift) beim zuständigen Kreiskommando zu melden. Der Verband haftet für die Handlungen und Unterlassungen aller mit den Ermächtigungsdekreten versehenen Organe und ist dafür verantwortlich, daß andere Organe zur Ausübung von Exekutivrechten gegenüber Parteien nicht herangezogen werden.

Artikel II.

Der Verband hat für den gemäß Artikel I dieser Verordnung übernommenen Rohspiritus den in § 3, Absatz 1, der Durchführungsvorschrift festgesetzten Preis auf Grund der in der Raffinerie amtlich erfolgten Ermittlung der Menge und Gradhaltigkeit der einzelnen Brennereien innerhalb Monatsfrist, hingegen den Raffinerien, welchen der Rohspiritus zur Raffinierung übergeben wurde, den Raffinierungslohn von 1 Kop. pro Eimergrad des abgelieferten rektifizierten Spiritus in gegenseitig vereinbartem Zeitpunkte zu bezahlen.

Artikel III.

Der Verband hat den Spiritus und Branntwein in dem Zustande, in der Art und in den Mengen, wie dies in § 4, Absatz 2, der Durchführungsvorschriften vorgesehen ist, an den Handel um jene Preise abzugeben, die auf Grund des § 3, Absatz 4, derselben Vorschrift vom k. u. k. Militär-Generalgouvernement be-

messen und den Organen des Verbandes jeweils bekanntgegeben werden.

Die Ausbeute von Spiritus oder Branntwein in rektifiziertem Zustande, der dem Handel übergeben werden kann, wird nach der Menge des zur Rektifizierung übernommenen Rohspiritus berechnet.

Auf 100% des zur Rektifizierung übernommenen Rohspiritus werden 96% auf rektifizierten Spiritus erster Gattung gezählt; 4% entfallen auf sämtliche Schwendungen (Raffinations-, Lager-, Transport- und Umfüllungsverluste) und auf Rektifikationsrückstände (Fuselöl, Äther etc.).

Die Gesamtabrechnung der Schwendungen und Rektifikationsrückstände wird mit Ende der Betriebsperiode (§ 8 der Durchführungsvorschrift) und zwar in den ersten Tagen des Monats September oder mit dem Tage der Enthebung des Verbandes von der Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Branntweinmonopoles erfolgen. Auf Grund des Ergebnisses der Abrechnung hat der Verband der Militärverwaltung für jeden das bezeichnete Ausmaß überschreitenden Abgang den Betrag von 34 Kop. pro Eimergrad Alkohol binnen drei Tagen bei der Kassa eines Kreiskommandos zu bezahlen.

Die Raffinierungsrückstände (Äther, Öle, die vom Waschen zurückbleibenden Gewässer etc.) bleiben Eigentum des Verbandes, dürfen jedoch auf Trinkbranntwein nicht umgewandelt werden.

Die Reinheit des zur Übergabe an den Handel geeigneten Spiritus oder Branntweines muß folgenden Proben entsprechen:

10 Teile gereinigten Spiritus, enthaltend wenigstens 95% Stärke, werden mit 9 Teilen Schwefelsäure vom spezifischen Gewichte 1·84 gemischt; die Mischung wird zum Sieden erwärmt, die Flüssigkeit soll farblos bleiben.

Artikel IV.

Der Verband hat den zur Übergabe an den Handel geeigneten Spiritus oder Branntwein von den Raffinerien in die vom Verbande errichteten Magazine (Engroslager) transportieren zu lassen und wird dort unter Aufsicht der Finanzorgane in den speziell hiezu eingerichteten Umfüllungsstellen in Gefäße umgefüllt, wobei die Anordnungen des § 4 der Durchführungsvorschrift genau einzuhalten sind.

Der Verband hat in den Magazinen stets einen dem laufenden Bedarfe entsprechenden

Vorrat an Branntweinerzeugnissen in allen vorgeschriebenen Mengen am Lager zu erhalten.

Die Verschleißpreise haben auf den in der Durchführungsvorschrift vorgesehenen Etiketten zu lauten:

- a) bei 50 grädigem Branntweine:
- | | |
|-----------------------------|-----------------|
| auf hölzernen Gefäßen von | |
| 1 Eimer Inhalt | = 23 R. 50 Kop. |
| auf Flaschen von 1/40 Eimer | |
| Inhalt | = — „ 59 „ |
| auf Flaschen von 1/20 Eimer | |
| Inhalt | = 1 „ 18 „ |
| auf Flaschen von 1/4 Eimer | |
| Inhalt | = 5 „ 88 „ |
- b) bei 95 grädigem Branntweine:
- | | |
|-----------------------------|-----------------|
| auf hölzernen Gefäßen von | |
| 1 Eimer Inhalt | = 44 R. 65 Kop. |
| auf Flaschen von 1/40 Eimer | |
| Inhalt | = 1 „ 12 „ |
| auf Flaschen von 1/20 Eimer | |
| Inhalt | = 2 „ 24 „ |
| auf Flaschen von 1/4 Eimer | |
| Inhalt | = 11 „ 17 „ |

Der Wert des Gefäßes ist in den oben angeführten Beträgen nicht inbegriffen und muß neben dem Preise des Getränkes auf den Etiketten ersichtlich gemacht werden.

Der Verband darf den Spiritus oder Branntwein nur aus dem Magazine und zwar nur an Händler abgeben, die sich mit einer Konzessionsurkunde gemäß § 6 der Verordnung des Armeeoberkommandanten ausweisen können; hiebei hat der Verband gegenüber allen Händlern des der Übergabsstelle zugewiesenen Rayons in gleicher Weise vorzugehen.

Artikel V.

Der für die Übergabe an den Handel bestimmte Spiritus darf von der Raffinerie in die Magazine (Umfüllungsstellen) nicht früher weggebracht werden, bevor der Verband für das auszuführende Quantum den Betrag von 34 Kop. pro Eimergrad Alkohol an die Kassa eines k. u. k. Kreiskommandos entrichtet hat.

Diese Zahlung bildet die Pauschalsumme des an die k. u. k. Militärverwaltung abzuführenden Reinertrages.

Der Rest der festgesetzten Verschleißpreise bildet das unbeschränkte Eigentum des Verbandes, als Ersatz für den entrichteten Rohspirituspreis, die Rektifizierungskosten, Schwendungen, Trans-

portspesen und alle wie immer gearteten Regiekosten.

Artikel VI.

Der Verband hat die Zahlungen an die k. u. k. Militärverwaltung in demselben Umfange in Goldmünzen oder Rubelwährung zu leisten, indem der Verband für die abgegebenen Mengen an Spiritus oder Branntwein Goldmünzen oder Rubelwährung einnimmt.

Artikel VII.

Der Verband hat alle gesetzlichen Vorschriften über die Erzeugung und Raffinierung von Spiritus oder Branntwein, Verfrachtung, Umfüllung, Auszahlung, Buch- und Rechnungsführung, Berichterstattung etc., genau einzuhalten und über Weisung des k. u. k. Militär-Generalgouvernements auch weitere Bücher und Behelfe zu führen, Berichte zu erstatten und Ausweise vorzulegen.

Die Organe der k. u. k. Militärverwaltung können gegenüber der gesamten Geschäftsbearbeitung des Verbandes, ebenso wie seiner Mitglieder die im § 11, Absatz 2, der Verordnung des Armeeoberkommandanten vorgeschriebenen Aufsichtsbefugnisse ausüben.

Artikel VIII.

Bei seiner gesamten Geschäftsführung hat der Verband sicherzustellen, daß tatsächlich die Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 22. April 1916 und die Durchführungsvorschrift des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 26. September 1916 strengstens beobachtet und alle durch Schmuggel oder sonstige betrügerische Machenschaften beschafften Spiritus- oder Branntweinemengen der behördlichen Beschlagnahme zugeführt werden.

Artikel IX.

Zur Sicherstellung der Erfüllung der Anordnungen der k. u. k. Militärverwaltung hat der Verband eine Kautionsumme im Betrage von 50000 Kronen zu leisten und spätestens am Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieser Verordnung in Barem oder in pupillarsicheren Obligationen beim k. u. k. Militär-Generalgouvernement zu erlegen.

Bei Zuwiderhandlungen können dem Verbande oder seinen schuldtragenden Organen Ordnungsstrafen in der Höhe von 10—1000 Rubeln vom k. u. k. Militär-Generalgouverne-

ment auferlegt werden. Bei Nichtzahlung haftet für diese Strafen die obige Kautio.

Für jeden, diese Kautio übersteigenden Schaden, der durch Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verordnung seitens des Verbandes oder seiner Organe der k. u. k. Militärverwaltung zugefügt werden sollte, haftet der Verband mit seinem gesamten Vermögen sowie mit den Spiritusbetriebsanlagen seiner Mitglieder, ferner jeder Brennereiunternehmer mit der zugehörigen Landwirtschaft und sonstigem Vermögen im Verhältnisse des aus seinen Betriebsstätten ausgeführten Spiritus oder Brantweines.

Die Kautio wird nach Enthebung des Verbandes von der Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Brantweinmonopoles und Erfüllung aller noch schwebenden Verbindlichkeiten dem Verbande gleich rückgestellt.

Artikel X.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1916 in Kraft, sofern der Verband an diesem Tage die zur Durchführung des Monopoles notwendigen Einrichtungen getroffen hat.

Bei Nichteinhaltung dieses Termines wird dem Verbande für jeden Verzugstag eine Strafe von 100 Rubel auferlegt, soweit der Verband nicht nachweist, daß die Nichteinhaltung dieses Termines ohne sein Verschulden entstanden ist.

Artikel XI.

Bei Enthebung des Verbandes von der Mitwirkung bei der Durchführung des Spiritus- und Brantweinmonopoles hat der Verband die in den Raffinerien vorhandenen Spiritus- und Brantweinvorräte an die k. u. k. Militärverwaltung gegen nachstehende Vergütung pro Eimergrad Alkohol zu übergeben:

- a) für Rohspiritus in der Raffinerie 7 Kop.
- b) für raffin. Spiritus in der Raffinerie 8·2 Kop.

Für den Absatz des bereits in den Magazinen (Umfüllungsstellen) befindlichen Spiritus oder Brantweines an die konzessionierten Verschleißer wird eine angemessene Frist bestimmt werden.

Bei der Auflösung der k. u. k. Militärverwaltung in Polen finden die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes bezüglich der Übergabe der Spiritus- und Brantweinvorräte keine Anwendung.

Der k. u. k. Militär-General-Gouverneur:

KARL KUK m. p.,
Feldzeugmeister.

5. BESTIMMUNGEN

über die

Entrichtung der Nachsteuer aus Anlaß der Durchführung des Spiritus- und Brantweinmonopoles.

(§ 11 der Durchführungsvorschrift vom 26. September 1916.)

Art. I.

Gegenstand der Nachsteuer.

Die im Okkupationsgebiete am 1. Oktober 1916 in den Magazinen (Engroslagern, Niederlagen) und bei den Händlern (einschließlich Schänkern) vorhandenen Spiritus- und Brantweinvorräte, welche in den freien Verkehr übergegangen und zur Veräußerung bestimmt sind, unterliegen der Nachsteuer von 4 Kop. per Eimergrad Alkohol.

Art. II.

Befreiung von der Nachsteuer.

Sämtliche, a) aus der österr.-ungar. Monarchie eingeführte und vom Monopole ausgenommene (§ 1 der Durchführungsvorschrift), ferner b) durch die Militärverwaltung erworbene, ebenso c) im Besitze der privaten Haushaltungen befindliche und nicht zum Verschleiß bestimmte, ferner d) in den Magazinen und bei den Händlern befindliche Spiritus- und Brantweinerzeugnisse in Mengen unter einem Eimer absoluten Alkohols sind von der Nachsteuer befreit.

Art. III.

Anmeldung.

Personen, welche nach Artikel I nachsteuerpflichtige Vorräte an Spiritus- oder Brantweinerzeugnissen besitzen, sind verpflichtet, die Menge und den Alkoholgehalt, sowie den Ort und die Räume der Aufbewahrung dieser Vorräte nach dem Stande vom 1. Oktober 1916 bis längstens 6. Oktober 1916 dem zuständigen Finanzwach-Postenkommando schriftlich in dreifacher Ausfertigung anzumelden.

Das Finanzorgan, bei dem die Anmeldung überreicht wird, hat die eingestellten Daten auf ihre Vollständigkeit zu prüfen und auf allen drei Parteien den Tag der Überreichung zu bestätigen. Radierte, korrigierte oder unvollständige Anmeldungen sind zurückzuweisen. Ein Pare der Anmeldung ist der Partei zurückzustellen.

Art. IV.

Feststellung der Menge und Gradhichtigkeit.

Die Menge der vorrätigen Spiritus- und Branntweinerzeugnisse wird nach dem faktischen Rauminhalte der einzelnen Gefäße und bei unvollständig gefüllten Gefäßen mittels kubischer Berechnung festgestellt.

Kommen Behältnisse von gleicher Größe vor, so ist der Inhalt je eines Behältnisses jeder Größentype zu ermitteln; die Mengenfeststellung erfolgt dann rechnungsmäßig durch Multiplikation des Inhaltes mit der Anzahl der Behältnisse.

Die Gradhichtigkeit der anmeldungspflichtigen Spiritus- und Branntweinerzeugnisse wird mit nachstehenden Durchschnittsziffern berechnet:

1. bei Spiritus mit 90 Grad,
2. bei Spiritusessenzen mit 70 Grad,
3. bei Rum, Cognac, Sliwowitz, Franzbranntwein mit 60 Grad,
4. bei gewöhnlichem Trinkbranntwein und den sonstigen zubereiteten, jedoch nicht versüßten Branntweingattungen mit 50 Grad,
5. bei Likör, Rosoglio und allen versüßten Branntweingattungen mit 35 Grad Alkohol.

Art. V.

Beamthandlung der Anmeldung.

Auf Grund der Anmeldung hat die amtliche Erhebung der Menge und der Gradhichtigkeit der Spiritus- und Branntweinvorräte im Sinne des Artikels IV zu erfolgen.

Die ab 1. Oktober 1916 abgesetzten Spiritus- und Branntweinemengen sind dem amtlich erhobenen Vorräte zuzurechnen, hingegen die von der Monopolsverwaltung bezogenen von demselben in Abzug zu bringen. Der amtlich konstatierte Befund, sowie die hiebei ermittelte Nachsteuer sind in die drei Parien der Anmeldung gleichlautend einzusetzen.

Die Partei ist verpflichtet, die bemessene Nachsteuer binnen 8 Tagen bei der Kassa des zuständigen Kreiskommandos zu entrichten und hat das mit den Einzahlungsdaten versehene Pare der Anmeldung dem zuständigen Finanzwachpostenkommando vorzuweisen und dasselbe bis Ende November 1916 aufzubewahren.

Das Finanzwachpostenkommando hat die beiden zurückbehaltenen Parien der Anmeldungen mit den Einzahlungsdaten zu versehen und

hievon je ein Pare mit einem Namensverzeichnisse dem zuständigen Kreiskommando bis spätestens 24. Oktober 1916 vorzulegen, hingegen das verbleibende dritte Pare der Anmeldungen für Kontrollzwecke und zur Überwachung der Einzahlung allfälliger Rückstände in Aufbewahrung zu nehmen.

Art. VI.

Transporte.

Spiritus- und Branntweinerzeugnisse, welche sich während der Nachversteuerung auf dem Transporte befinden, hat der Empfänger nach Eintreffen in dem Bestimmungsorte binnen drei Tagen bei dem Finanzwachpostenkommando ordnungsgemäß anzumelden und die entfallende Nachsteuer zu entrichten. Für diese Transporte haben die Bestimmungen des Art. V auch zu gelten.

Art. VII.

Kontrollrecht.

Die nachsteuerpflichtigen Personen sind bis Ende November 1916 verpflichtet, hinsichtlich ihrer Spiritus- und Branntweinvorräte den Bezug oder die Entrichtung der Nachsteuer auszuweisen und stehen in dieser Hinsicht während dieser Zeitperiode unter finanzamtlicher Kontrolle.

Art. VIII.

Strafbestimmungen.

Wird die vorgeschriebene Anmeldung eines am 1. Oktober 1916 vorhandenen Spiritus- oder Branntweinvorrates unterlassen, oder die angemeldete Alkoholmenge um 10% geringer, als die vorhandene, befunden, so ist eine Strafe mit dem zwei- bis vierfachen der verkürzten Nachsteuer vom Kreiskommando zu verhängen, und sind die bis einschließlich 6. Oktober 1916 nicht angemeldeten Branntweinvorräte als verfallen zu erklären. Im Nichteinbringungsfalle der Nachsteuer ist eine entsprechende Arreststrafe zu verhängen.

Die vorschriftsmäßig angemeldeten Spiritus- und Branntweinvorräte können, insofern sie den Gegenstand des ärarischen Getränkeverschleißmonopoles bilden, ohne spezielle Ermächtigung der Militärverwaltung auf Grund der bisherigen Konzessionen bis einschließlich 15. Oktober 1916 abgesetzt werden.

6. Maßnahmen gegen das Bandenunwesen.

Vdg. MGG. IX. Präs. Nr. 13.282/16.

Das immer mehr umsichgreifende Bandenunwesen erfordert — um die öffentliche Sicherheit und den Wohlstand der Bevölkerung zu gewährleisten und diese gefährliche Erscheinung im Keime zu ersticken — die strengsten Maßregeln.

Hiezu wird verfügt:

1. Meldewesen, Kontrolle des Fremdenverkehrs.

Der strengsten Handhabung des Meldewesens muß ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Die Gendarmerieposten, die Wojte und Schultheisse werden angewiesen, die Meldevorschriften und die Führung der Meldebücher strenge zu überwachen.

Bei jeder Gemeinde und Ortschaft — insbesondere aber in den Gastwirtschaften, müssen die Meldebücher genau geführt werden.

Jede Beherbergung eines Fremden muß von dem Unterstandsgeber sofort dem Gemeinde-(Orts-)Vorsteher gemeldet werden.

Wer die Beherbergung eines Fremden zu melden unterläßt, muß der strengsten Bestrafung zugeführt werden.

Personen, welche Unterkunft suchen, gleichgültig ob in Gastwirtschaften oder bei der Bevölkerung, müssen sich, bevor ihnen Unterkunft gewährt wird, mit Ausweisdokumenten legitimieren.

Sind sie das nicht im Stande, so müssen sie sofort verhaftet und durch den Wojt oder Soltys dem nächsten Gendarmerie- oder Finanzwachposten übergeben werden.

Wer Banditen oder solchen Individuen, die leicht Banditen werden, wie Deserteure, entwichene Kriegsgefangene u. dgl. Unterkunft und Zuflucht gewährt, verfällt der strengsten Bestrafung und wird diesbezüglich auf den Pkt. 7 dieses Amtsblattes und auf die allgemein affichierte Kundmachung hingewiesen.

Von der Bevölkerung muß in ihrem eigenen Interesse ein Verhalten gefordert werden, welches alles vermeidet, was der Entwicklung des Banditenunwesens besonders förderlich ist.

2. Ausweisdokumente.

Um eine Überlassung von Ausweisdokumenten an dritte Personen bzw. die Führung fremder Ausweisdokumente zu erschweren, dürfen alle nach dem 1. November 1916 zur Ausstellung gelangenden derlei Dokumente nur noch im Wege des zuständigen Gendarmeriepostens eingehändigt werden, wo sie mit dem Abdrucke des rechten Zeigefingers (in Ermangelung desselben mit dem Abdrucke des rechten Mittelfingers, wenn auch dieser fehlen sollte, des linken Zeige- bzw. in Ermangelung dieses, des linken Mittelfingers) zu versehen sind.

Bis 1. November haben alle Inhaber derartiger Dokumente dieselben sofort beim zuständigen Gendarmerieposten mit dem Fingerabdrucke zu versehen.

3.

a) nächtliche Fahrten.

In der Zeit vom 1. Oktober bis 15. April ist das Befahren der Straßen und Wege oder querfeldein, sowohl in- als außerhalb der Ortschaften von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh für Fuhrwerke jeder Art strengstens verboten.

Dawiderhandelnde werden mit empfindlichen Geldstrafen oder Arrest bestraft.

Wer zur verbotenen Zeit mit beladenen Fuhrwerken fahrend betreten wird, dem sind der Wagen und die Zugtiere samt Last zu beschlagnahmen und dem Kreiskommando mit kurzer Anzeige einzuliefern.

Derlei eingelieferte Personen sind sofort in Haft zu setzen und werden vor durchgeführter Verhandlung nicht in Freiheit gesetzt.

Außer der Konfiszierung der gesamten Ladung ist ausnahmslos auch auf den Verfall der Zugtiere und des Fuhrwerkes zu Gunsten des Ärares zu erkennen, gleichgültig ob dieselben im Eigentum des Verurteilten stehen oder nicht.

Dritten Personen bleibt es unbenommen, diesfalls ihre Ansprüche gegen den Verurteilten geltend zu machen.

Nächtliche Personenfahrten (ohne Fracht) zur verbotenen Zeit sind nur ganz ausnahmsweise und nur im Falle wirklicher Dringlichkeit, z. B. Fahrt zu oder von einem bei Nacht verkehrenden Eisenbahnzug, in dringenden Fällen zum Arzt oder Seelsorger u. dgl. — und nur mit schriftlicher Bewilligung des betreffenden Gendarmerie-Posten-Kommandanten gestattet.

Die Gendarmerie-Posten-Kommandanten werden angewiesen, derlei Bewilligungen nur

an als vollkommen verläßlich und unverdächtig bekannte Bewohner, und nur in dringendsten Ausnahmefällen zu erteilen.

Fuhrwerksbesitzern, welche für den Lokoverkehr zu und von den Bahnhöfen ein Patent gelöst haben, ist diese Bewilligung allmonatlich im Vorhinein auszustellen. Der Verkehr ist jedoch strenge zu kontrollieren.

b) Sperrstunden, Bewegungsfreiheit der Bevölkerung.

Die Sperrstunde für Schank- und Gastlokale wird in den Ortschaften Janów, Kraśnik, Zaklików, Annopol und Modliborzyce auf 10 Uhr, in allen anderen Ortschaften auf 9 Uhr abends festgesetzt. Alle übrigen Geschäfte müssen in allen Ortschaften um 9 Uhr abends gesperrt sein.

Der Bevölkerung wird gestattet, sich von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends auf der Gasse zu bewegen. Dringende, unaufschiebbare Gänge zum Arzte, Seelsorger oder in die Apotheke, sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Um Raubüberfällen vorzubeugen, ist der Bevölkerung nahezu legen, daß die Marktbesucher einer Gemeinde oder Ortschaft den Hin- und Rückweg tunlichst gemeinsam bei Tage zurücklegen, sich in Gasthäusern nicht lange aufhalten und niemals Geld zeigen oder sehen lassen sollen.

Mit der Überwachung der ad a) und b) verfügten Maßnahmen werden die Gendarmerie, Finanzwache, Ortspolizei, Wojte und Schultheisse betraut und ist Jedermann verpflichtet, zweckdienliche Anzeigen zu erstatten.

Hiemit tritt die Verordnung des Kreiskommandos im Amtsblatte Nr. 20, Punkt 13, außer Kraft.

4. Unerlaubter Besitz von Waffen u. Munition.

Gegen die unrechtmäßigen Besitzer von Waffen oder Munition wird mit der größten Strenge vorgegangen werden.

Die Bevölkerung ist daher wiederholt aufzufordern, unrechtmäßig in ihrem Besitze befindliche Waffen oder Munition freiwillig abzuliefern und Personen, welche sich unrechtmäßig im Besitze von Waffen und Munition befinden, dem Wojt, Schultheiß oder dem nächsten Gendarmerieposten anzuzeigen.

5. Ersparnisse der Bevölkerung.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß den Banditen selbst bei einfachen Landleuten unverhältnismäßig hohe Geldbeträge in die Hände fielen, was darauf hinweist, daß die Bevölkerung in Ermangelung von Sparkassen ihre Ersparnisse in Bargeld zu Hause verwahrt.

Die Gemeinden werden angewiesen, der Wiederaufnahme der Tätigkeit von Gemeindeparkassen näher zu treten und hierüber bis 15. November dem Kreiskommando antragstellend zu berichten.

6. Geldprämien.

Für die Mithilfe bei Entdeckung von Banditen und solchen Leuten, welche Banditen unterstützen oder unbefugter Weise Waffen besitzen, werden vom Kreiskommando Geldprämien erfolgt, deren Höhe sich je nach der Gefährlichkeit der Banditen, sowie nach der Schwere des begangenen Verbrechens richtet.

Auf Organe des öffentlichen Dienstes findet dies keine Anwendung.

7. KUNDMACHUNG.

Im hiesigen, bis nun vom Banditenunwesen verschont gebliebenen Kreise sind in letzter Zeit 3 Raubüberfälle vorgekommen.

Dies ist nur darauf zurückzuführen, daß die Zivilbevölkerung den Banditen und insbesondere den entwichenen russischen Kriegsgefangenen, aus deren Reihen sich die Banditen zumeist rekrutieren, Vorschub leistet, denselben Verpflegung und Unterschlupf gewährt und sie von den Nachforschungen der Gendarmerie verständigt.

Es wird neuerlich verlautbart, daß Raub, Versuch und Mitschuld daran, sowie Begünstigung entwichener Kriegsgefangener durch Berbergung u. dgl. standrechtlich behandelt und mit dem Tode durch den Strang bestraft werden.

Außerdem hat das Armee-Oberkommando mit Erlaß K. Nr. 3157/16 verfügt:

1. Häuser, bzw. Ortschaften, die solchen Verbrechern als Zufluchtstätte (Versteck) gedient haben, werden, falls die Anzeige darüber nicht rechtzeitig erstattet wurde, niedergebrannt.

2. Gemeindevorsteher, die nachgewiesenermaßen von der Anwesenheit von Räubern in

ihrem Bereiche Kenntnis hatten und die Anzeige unterließen, werden als Mitschuldige behandelt.

3. In verdächtigen Ortschaften werden Geiseln ausgehoben.

Es liegt im eigenen Interesse der Zivilbevölkerung, daß dieselbe durch sofortige Anzeige aller sich im Kreise herumtreibenden verdächtigen Individuen und insbesondere russischen Kriegsgefangenen, die Anwendung der angeordneten Maßregel vorbeugt.

Auf die Aufdeckung von Räubern werden vom Kreiskommando jeweilig Prämien ausgesetzt.

Dies ist durch die Herren Pfarrer, Lehrer, Wojte und Soltysse allgemein zu verlautbaren.

8. Missionspredigten — Lie, Beigert.

ad K. U. Nr. 105 046.

Der Jesuitenordenspriester P. Stanislaus Lie begibt sich mit einer vom AOK ausgestellten Legitimation von Krakau nach Lublin zur Übernahme des Amtes eines Spiritualen des Priesterseminars.

P. Johann Beigert, ebenfalls Jesuitenordenspriester, wird das k. u. k. Okkupationsgebiet zum Zwecke der Abhaltung von Exerzitien und Volksmissionen bereisen.

Dem Wirken der Genannten ist die möglichste Unterstützung und das größte Entgegenkommen zu gewähren.

9. Approvisionierung.

Vdg. E. V. Präs. Nr. 13901/16.

1. Höchstausmaß der zum Verbräuche für die Bevölkerung bestimmten Getreidemengen.

a) für die Produzenten 306 g Brotgetreide = 300 g Mehl pro Kopf und Tag;

b) für Nichtproduzenten bleibt weiter 250 g Brotfrucht = 200 g Mehl pro Kopf und Tag;

c) die Futterquote wird pro Pferd und Tag mit 1.75 kg Hafer festgesetzt. Die Verfütterung von Gerste ist somit verboten.

Gerste zählt fortan als Brotfrucht.

Hiemit werden die im Amtsblatte Nr. 18, Punkt 3, verlautbarten Ausmaße außer Kraft gesetzt.

2. Unbefugter Handel und Schmuggel mit landwirtschaftlichen Produkten.

a) Gegen den unbefugten Handel, insbesondere aber gegen den Schmuggel wird nunmehr schonungslos vorgegangen.

Wegen Übertretung der diesbezüglichen Vorschriften angehaltene Personen sind sofort in Haft zu nehmen und dem Kreiskommando einzuliefern und dürfen vor durchgeführter Verhandlung nicht in Freiheit gesetzt werden.

b) Außer der Konfiszierung des unbefugt verhandelten bzw. geschmuggeltem Gutes, wird regelmäßig auf Verfall der Zugtiere und Wagen, mit welchen die Ware geführt wurde, erkannt, gleichgültig ob dieselben Eigentum des Verurteilten sind oder nicht. Dritten Personen bleibt es unbenommen, diesfalls ihre Ansprüche gegen den Verurteilten geltend zu machen.

3. Maßnahmen zur Erzwingung der klaglosen Ablieferung der Getreidekontingente.

Die bisher mit 30 K per 100 kg festgesetzte Geldstrafe für nicht oder nicht rechtzeitig erfolgte Ablieferung des Getreides wird verdoppelt.

Bei Zahlungsunfähigkeit wird der entfallende Betrag in Natura (Vieh etc.) eingetrieben.

Wo die Lieferung stockt, werden den Produzenten guts- und dorfweise wöchentlich abzustellende Mengen zur Ablieferung vorgeschrieben.

Die Nichtablieferung wird gleichfalls mit einer Konventionalstrafe in der Höhe von K 60 per fehlende 100 kg bestraft.

Meierhöfe, welche gedroschenes Getreide für den Kontingent bereits abfuhrbereit haben, mögen das Quantum ehestens bei der landwirtschaftlichen Abteilung des Kreiskommandos oder beim nächsten Monopol-Getreidemagazin anmelden.

Kleinere Lieferungen als ein Waggon können ohne vorherige Anmeldung sofort an das nächste Monopol-Getreidemagazin abgeführt werden.

10. Mahlbewilligungen.

AOK Nr. 37307/I u. WA. 51483/16.

Ab 10. d. M. sind im Verkehre mit Getreide und Mahlprodukten folgende Vorschriften gültig:

Das Recht zum Ausstellen von Mahlbewilligungen haben:

1. Für die Landbevölkerung die Gemeindesekretäre (Schreiber) in Vertretung des Notstandhilfskomitees.

Dieselben müssen mit der Stampiglie „sekretarz gminy“ versehen sein.

2. Jene Meierhöfe, welche ein separates Kontingent erhalten haben, vom Kreisbeiräte hiezu bevollmächtigt sind und unter der Aufsicht des örtlichen Notstandhilfskomitees stehen und zwar nur für den eigenen und der Knechte Bedarf. Die Mahlbewilligungen müssen mit einer Stampiglie des Meierhofes versehen sein.

3. Syndikat — die Mahlbewilligungen sind mit der eigenen Stampiglie zu versehen.

Das Syndikat kauft und vermahlt das Getreide auf Grund einer Vollmacht des Kreis-Notstandhilfskomitees.

Die im Punkt 9 festgesetzten Tagesrationen für die Produzenten und für Nichtproduzenten dürfen nicht überschritten werden und dienen als Grundlage zur Verrechnung für die Gemeindesekretäre (Schreiber), Notstandhilfskomitees und Meierhöfe.

Die Mahlbewilligungen sind für die Gemeinden, Meierhöfe und Syndikate die gleichen.

Die Evidenz über die Mahlbewilligungen muß gewissenhaft und genau geführt werden.

Hiedurch erfahren die im Amtsblatte Nr. 18, Punkt 3, verlautbarten Vorschriften eine entsprechende Abänderung.

11. Hülsenfrüchte, Kleearten, Beschlagnahme.

Vdg. MGG. W. F. Nr. 82858/16.

Gemäß Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 11. Juni 1916 (VBl. d. k. u. k. M. V. P., Nr. 61) bestimme ich:

§ 1. Die Verordnung des MGG. F. Nr. 56517, betreffend die Regelung des Handels-

verkehres mit Kleesamen und Hülsenfrüchten, wird auf sämtliche Kleearten ausgedehnt.

Der Beschlagnahme unterliegen daher:

Wicke, Pferdebohne, Peluschke, Lupine, Seradella, Rotklee, Weißklee, Bastardklee, Wundklee, Hornklee, Luzerne und Hopfenluzerne.

Der Handel mit Grassamen aller Art (Thimotee-, Raygräser u. s. w.) unterliegt innerhalb des MGG.-Bereiches keinerlei Beschränkungen.

§ 2. Nichtproduzenten, bei denen sich zurzeit Vorräte von beschlagnahmten Sämereien befinden, haben dies sofort unter genauer Angabe der Mengen beim zuständigen Kreiskommando anzumelden.

Nach dem 15. Oktober werden alle nicht-angemeldeten Vorräte an beschlagnahmten Sämereien konfisziert, welche bei Personen vorgefunden werden, die weder Produzenten sind, noch eine vom MGG. ausgestellte Legitimation vorweisen können, welche sie zum Ein- resp. Verkaufe solcher Sämereien berechtigt.

12. Verwertung von Kartoffelkraut etc.

MGG.-Befehl Nr. 63, Punkt 20. J. Nr. 19854/16.

Alle Truppen und Anstalten des Kreises werden beauftragt, nach der Ernte das Kartoffelkraut nach vorheriger Trocknung an die Fassungsstelle Kraśnik abzuführen.

Auch Bohnen-, Erbsen- und Kukuruzstroh ist zu sammeln und abzuführen.

Die Fassungsstellen rechts der Weichsel haben dieses Kraut an die Fassungsstelle in Lublin in ganzen Waggonladungen zu senden, welche es zu einem nahrhaften, leicht verdaulichen Pflanzenmehl verarbeiten und dasselbe für die Kleintierzüchtereie ausgeben wird.

13. Verwertung der Hopfenranken.

Hopfenranken sollen gesammelt, getrocknet, nachher in luftigen Lagerstätten vor Fäulnis und Schimmel geschützt, untergebracht werden.

Das so eingebrachte Quantum ist der LA. des k. u. k. Kreiskommandos anzumelden, welche das Weitere veranlassen wird.

14. Ausnützung der Ausreuter und Ausputz von Getreide.

Vdg. W. F. Nr. 82526/16.

Um alle irgendwie verwendbaren Produkte in geeigneter Form einer Nutzung zuzuführen, ist dahin zu wirken, daß Ausreuter und Ausputz von Getreide, Ölfrüchten, Hülsenfrüchten u. s. w. nicht vernichtet oder weggeworfen, sondern der Kraftfutterfabrik des MGG. in Lublin zum Kaufe angeboten werde.

Derselben wurde die Organisierung und Durchführung des Ankaufes, ebenso wie die Bestimmung des Preises überlassen.

15. Vertilgung der Feldmäuse.

Z. F. Nr. 104163.

Im Falle ein großes Auftreten von Feldmäusen bemerkt wird, sollen die Gemeinden und Meierhöfe eine energische Aktion zur Vertilgung der Feldmäuse mit Strychninhafer vornehmen. Das Kreiskommando ist geneigt, entsprechende Mengen Strychninhafers für die Gemeinden und Meierhöfe zu bestellen. Die Kosten dürften sich auf za. 1800 K pro 1000 Joch belaufen. (K 1.80 per 1 Joch.)

Nähere Informationen erteilt die landwirtschaftliche Abteilung des Kreiskommandos.

16. Aufnahme Freiwilliger für den Finanzwachdienst.

F. A. Nr. 106502.

Das k. u. k. Armeeoberkommando hat mit Erlaß M. V. P. Op. Nr. 66390/16 die weitere Heranziehung freiwillig sich meldender Einwohner des Okkupationsgebietes zum aushilfsweisen Dienste bei der Finanzwache nach vorheriger Schulung beim k. u. k. Finanzwachkommando des MGG. in Lublin genehmigt.

Die Bedingungen zur Aufnahme der sich Meldenden ist nebst physischer Eignung:

a) die volle Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift (jene, welche auch der deutschen Sprache mächtig sind, haben Vorzug);

b) eine der ihnen zufallenden Dienstesphäre entsprechende Intelligenz;

c) makelloses Vorleben;

d) ein Alter von über 18 bis höchstens 32 Jahren;

e) Besitz einer mitzubringenden warmen Decke, guter warmer Kleidung, ebensolcher Beschuhung und Wäsche;

f) schließlich die Verpflichtung, mittels eigenhändig zu schreibenden und zu unterschreibenden Reverses, zum mindest zweijährigen Dienste und Unterwerfung durch diese Zeit allen, die Finanzwache bindenden disziplinar- und strafgerichtlichen Bestimmungen.

Das Militärgeneralgouvernement kann jedoch diesen Angestellten jederzeit ohne Angabe der Gründe vom Dienste entheben.

Minderjährige haben sich mit der schriftlichen Einwilligung des Vaters (Vormundes), welche von der Gemeinde bestätigt sein muß, auszuweisen.

Diese Leute erhalten an Gebühren:

1. das jeweilige Etappenrelutum (derzeit täglich)	3 K 90 h
2. Löhnung, täglich	2 K 74 h
3. Feldzulage „	1 K 20 h

von 10 zu 10 Tagen im Vorhinein ausbezahlt.

Das halbfache Etappenrelutum wird jedoch diesen Personen bei auswärtigen Dienstverrichtungen nicht zugestanden.

Außerdem erhalten sie die Bekleidung u. zw.: 1 Mantel, 1 Bluse, 1 Hose, 1 Kappe und 1 Paar Schuhe.

Die schriftlichen Gesuche samt notwendigen Originaldokumenten sind von den Bewerbern beim k. u. k. Kreiskommando persönlich zu überreichen.

REVERS.

Ich verpflichte mich hiemit, im Aushilfsdienste bei der Finanzwache des k. u. k. Okkupationsgebietes Polens mindestens 2 Jahre ununterbrochen zu dienen, sowie alle Befehle und Anordnungen zu befolgen und unterwerfe mich auf die Dauer dieses Dienstes allen, die k. u. k. Finanzwache bindenden Disziplinar- und strafgerichtlichen Bestimmungen.

Gegen eine vorzeitige, seitens des k. u. k. Militärgeneralgouvernements eventuell verfügte Dienstesenhebung steht mir kein Recht zu, irgend welche Einwendungen oder Ersatzansprüche zu erheben.

Datum:

Unterschrift:

2 Zeugen:

17. Aufforderung zur Offertstellung von Privatwaldbesitzern auf Lieferung von Eisenbahnschwellen, Brücken- und Extrahölzern.

Mit Erlaß Zl. 66447/P vom 18./8 1916 des AOK. wurde die Heranziehung der Privatwaldbesitzer der okkupierten Gebiete zur Sicherung des Bedarfes an Bahnschwellen, Brücken- und Extrahölzer angeordnet.

Es werden daher die P. T. Privatwaldbesitzer eingeladen, ehest Offerte auf oben genannte Hölzer, hauptsächlich aber Eisenbahnschwellen dem k. u. k. Kreiskommando Janów einzusenden.

Die Offerte haben zu enthalten: Holzart, Anzahl und den Preis franko Waggon der zu liefernden Schwellen, Brücken- oder Extrahölzer; für Eisenbahnnormalschwellen ist ein Höchstpreis von 4.50 K franko Waggon bestimmt.

Allgemeine Lieferbedingungen für Eisenbahnoberbauschwellen, Brücken- und Extrahölzer werden nachstehend auszugsweise verlautbart.

Interessenten können die genauen Bedingungen jederzeit beim k. u. k. Kreisforstamte in Zaklików einsehen, wo ihnen auch jede Auskunft über die zulässigen Dimensionen an der Hand von Skizzen gegeben werden wird.

LIEFERBEDINGUNGEN

(auszugsweise)

A) Brücken- und Extrahölzer:

1. Die Hölzer müssen aus geraden, vollkommen gesunden, auf trockenen Boden gewachsenen, außer der Saftzeit (in der Zeit vom 15./X. bis 15./III.) gefällten Bäumen erzeugt sein.

2. Föhren- oder Kieferhölzer dürfen nur aus harzreichen Bäumen, welche vorher nicht zur Harznutzung herangezogen wurden, erzeugt werden.

3. Die Hölzer müssen vollkommen gesund und möglichst astfrei sein und weder faule, morsche oder wurmstiche Stellen, noch Risse oder Anbrüche haben. Hölzer, welche obigen Bedingungen nicht entsprechen, sind von der Übernahme ausgeschlossen.

4. Die Hölzer sollen im allgemeinen so geschnitten sein, daß der Kern möglichst entfernt ist oder aber sollen durch den Kern geschnitten sein; Kern dürfen nur jene Hölzer enthalten, deren Erzeugung aus jungen, seiner Stärke nach um ein Stück lieferndem Holze erfolgt.

5. Gesäumte Hölzer müssen an allen vier Seiten rechtwinkelig zu einander mit der Säge eben geschnitten überall gleich breit, stark und scharfkantig sein; die Stirnflächen sind rechtwinkelig zur Längsachse zu beschneiden.

6. Alle gesäumten oder bezimmerten Hölzer müssen von Rinde, Eichenhölzer sowie Hölzer für Werkstättenzwecke auch vom Splinte vollkommen befreit sein.

7. Windschiefe, drehwüchsige oder über die Faser geschnittene Hölzer werden nicht übernommen.

B) Schwellen:

1. Zulässige Holzarten (hier vorkommend) sind Eichen (Zerreichen ausgeschlossen), Kiefern und Lärchen; letzteren beiden dürfen nicht zur Harznutzung herangezogen worden sein.

2. Die Schwellen müssen vollkommen gesund sein; die zur Erzeugung verwendeten Bäume sollen außer der Saftperiode, d. i. in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März gefällt und auf trockenen Boden gewachsen sein.

Schwammiges, überständiges, ersticktes, kernschädiges, kernfaules oder mit Faul- oder Eisrissen etc. versehenes Material wird nicht übernommen.

3. Die Schwellen müssen in der Richtung der Holzfaser geschnitten oder bearbeitet sein.

18. Tierärztliche Kurpfuscherei.

Exh. Nr. 28 188

Da durch die Behandlung kranker Tiere durch Kurpfuscher die Tierseuchen zweckmäßig nicht bekämpft werden können, wird im Sinne der MGG-Vdg. H. Nr. 101 301 vom 15. September 1916 und laut § 220 des russischen Sanitätsgesetzes, letzte Ausgabe, Folgendes angeordnet:

1. Mit der tierärztlichen Praxis dürfen sich nur die diplomierten Tierärzte befassen;
2. wer kein diesbezügliches Zeugnis besitzt, darf sich mit keinem Zweige der tierärztlichen Praxis befassen;
3. die Übertretungen dieser gesetzlichen Bestimmungen unterliegen der Bestrafung durch die Gerichte;
4. den Wojten, Soltysen und den Gendarmeriepostenkommanden wird zur strengsten Pflicht gemacht, alle ihnen zur Kenntnis gelangten Fälle von Kurpfuscherei dem Gerichte zur Anzeige zu bringen.

19. Kontrolle der Melasse.

(MGG. Z. E. Nr. 105 417.)

Um Mißbräuche im Verkehre mit Melasse hintanzuhalten, wird verfügt:

Die bei Melassekäufen vereinbarten Preise gelten für eine Dichte der gelieferten Melasse von 40° Beaumé, gemessen bei Zimmertemperatur (16—20° C.).

Wenn gelieferte Melasse bei der Übernahme eine geringere Dichte als 40° Beaumé zeigt, so ist für jeden Grad Beaumé $\frac{1}{33}$ des pro 100 kg vereinbarten Kaufpreises in Abzug zu bringen, wenn die Dichte noch mehr als 35° Beaumé beträgt. Bei Melasselieferungen, wo die Ware 35° Beaumé oder weniger beträgt, ist für jeden Grad Beaumé der Preis pro 100 kg um $\frac{1}{20}$ desselben zu vermindern. Melasse von einer Dichte unter 30° Beaumé und solche, die deutlich sauer reagiert, ist nicht lieferbar.

Für jedes Grad Beaumé, den die gelieferte Melasse über 40° Beaumé zeigt, ist der Kaufpreis pro 100 kg um $\frac{1}{10}$ desselben zu erhöhen.

Jedoch darf diese höhere Dichte nur durch höhere Konzentration und nicht durch irgend welche Zusätze, welche solche Melasse von der Lieferbarkeit ausschließt, bedingt sein.

20. Leuchtpetroleum, Verwendung.

(MGG. W. F. Nr. 81 525/16.)

Angesichts der Notwendigkeit, das Leuchtpetroleum sowie auch das Rohöl, welches zur Erzeugung von Leuchtpetroleum dient, ausschließlich für Beleuchtungszwecke zu reservieren, wird angeordnet, daß alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Motore, welche Petroleum oder Rohöl als Betriebsstoff verwenden, derart umgeändert werden, daß dieselben mit Gasöl, Benzin oder Benzol arbeiten können, was im Allgemeinen durch eine einfache Umänderung am Vergaser leicht möglich sein wird.

Ausnahmen von diesem Verbote, Leuchtpetroleum oder Rohöl zum Maschinenbetriebe zu verwenden, können nur von der WVZ. über Antrag des Kreiskommandos gemacht werden, wenn es sich um den Betrieb von Dieselmotoren handelt.

21. Umrechnungskurse für Mark, Krone, Lewa-Krone und Drachmen-Krone.

(Ad J. Nr. 19496/16)

Es haben bis auf Weiteres für die militärischen Kassen folgende Umrechnungskurse zu gelten:

100 Mark gleich	144 K. (K. M. Abt. 15 B. Nr. 3755/16)
100 Lewa „	115 „ (K. M. Abt. 15 B. Nr. 3756/16)
100 Drachmen „	132 „ (K. M. Abt. 15 B. Nr. 3721/16)
100 Lei „	115 „ (K. M. Abt. 15 B. Nr. 3754/16)

22. Weichsel-Flußschiffahrt.

Zahl 24 495 Dr. G./B der k. u. k. Warenverkehrszentrale in Krakau.

Die Firma Buszczyński & Burtan in Krakau hat vom k. u. k. Kriegsministerium das alleinige Schiffsfahrtsrecht auf der Weichsel erhalten.

Dieselbe verfügt über mehrere Galeeren und Motorboote und können diese auch als Transportmittel bei Sendungen privater Natur herangezogen werden.

Industrielle und Kaufleute können sich wegen Inanspruchnahme dieses Transportmittels der Vermittlung der WVZ. in Krakau bedienen.

23. Erhöhung der Postgebühren.

Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 20. September 1916.

§ 1.

Vom 1. Oktober 1916 an werden die Postgebühren für den inneren Verkehr des k. u. k. Okkupationsgebietes in Polen sowie für den Verkehr mit dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Serbien und Albanien, mit Montenegro, Österreich-Ungarn und Bosnien-Herzegowina wie folgt, festgesetzt.:

1. Briefe:

Für einen Brief bis 20 g . . . 15 h
für je weitere 20 g . . . 5 h

2. Postkarten:

Für eine einfache Postkarte oder jeden Teil einer Doppelpostkarte und zwar:

a) für eine von der Postverwaltung ausgegebene Postkarte mit eingedrucktem Postwertzeichen . . . 8 h
b) sonst . . . 10 h

3. Drucksachen:

Für je 50 g (Höchstgewicht 2 kg) . . . 3 h

4. Warenproben:

Für je 50 g (Höchstgewicht 350 g) . . . 5 h
wenigstens aber . . . 10 h

5. Mischsendungen (aus Drucksachen und Warenproben zusammengepackte Sendungen):

Für je 50 g (Höchstgewicht 2 kg) . . . 5 h
wenigstens aber . . . 10 h

6. Einschreibegebühr:

Für jede Sendung . . . 25 h

7. Wertbriefe:

a) die Gebühr wie für einen eingeschriebenen Brief von gleichem Gewichte und

b) die Wertgebühr:

für je 300 K des angegebenen Wertes oder den angefangenen Teil davon . . . 10 h

Die Gesamtgebühr für einen Wertbrief beträgt wenigstens . . . 60 h

8. Pakete:

bis 5 kg . . . 80 h

9. Postanweisungen:

Die Gebühr setzt sich zusammen:

a) aus der Grundgebühr von . . . 15 h
für jede Postanweisung,

b) aus der Wertgebühr von . . . 5 h
für je 50 K oder den angefangenen Teil davon.

10. Mit Nachnahme belastete Pakete:

Gebühren bei der Aufgabe:

a) die Gebühr für die Sendung wie für eine gleichartige Sendung ohne Nachnahme,

b) die Vorzeigegebühr von . . . 10 h
Gebühren im Falle der Einlösung der Nachnahme:

Für die Übermittlung des eingezogenen Betrages wird die gewöhnliche Postanweisungsgebühr erhoben.

Sie wird vom Nachnahmebetrage abgezogen.

11. Avisogebühr:

Für die Zustellung einer Postanweisung oder eines Avisos zu einem rekommandierten Briefe, Wertbriefe oder Pakete . . . 5 h

12. Für die Benachrichtigung über unbestellbare Pakete:

Die Gebühr beträgt . . . 25 h

Sie ist bei der Ausfolgung des Benachrichtigungsschreiben zu entrichten.

13. Für die Auszahlungsermächtigung:

bei Verlust usw. einer Postanweisung:

Die Gebühr beträgt . . . 25 h

Sie ist bei Anmeldung des Verlustes usw. zu entrichten.

14. Für die Nachforschung nach der richtigen Abgabe einer bescheinigten Sendung:

Die Gebühr beträgt 25 h

Sie ist bei Stellung des Verlangens nach Nachforschung zu entrichten.

15. Verzollungsgebühr:

für die postamtliche Freimachung:

für jedes Paket 25 h

für jede Briefpostsendung 5 h

§ 2.

Diese Gebühren treten nur für jene Gattungen von Sendungen in Kraft, welche in den eingangs erwähnten Verkehrsbeziehungen jeweilig zugelassen sind.

§ 3.

Für die im Verkehre mit Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau zugelassenen Briefpostsendungen gelten die gleichen Gebühren.

Die Postanweisungsgebühr im Verkehre mit Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau beträgt 25 h

für je 50 K oder den angefangenen Teil davon.

ERZHERZOG FRIEDRICH, FM., m. p.

24. Steckbrief-Widerruf.

Die im Amtsblatte Nr. 16, Punkt 14, vom 15./8. 1. J. veröffentlichten Steckbriefe wider Stanislaus Łukaszik und Stefan Łukaszik, beide aus Majdan bobowski, Gemeinde Urzędów, werden zufolge Selbstmeldung der Genannten widerrufen.

25. Verurteilungen.

Vom k. u. k. Militärgerichte in Janów wurden verurteilt:

Stelmach Stanislaus aus Rzeczyca ziemńska, Gemeinde Trzydnik, wegen Verbrechens

des Diebstahles nach §§ 457, 459 MStG., zur verschärften Kerkerstrafe in der Dauer von 3 Monaten,

Opasala Simon aus Urzędów, wegen Vergehens der Ehrenbeleidigung nach § 760 MStG., zur verschärften 14tägigen Arreststrafe,

Spryszak Dominik aus Moczydło, Gmde. Brzozówka, wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 599 MStG., zu strengem verschärften Arreste in der Dauer von 2 Monaten,

Porządny Michael aus Łychów, Gmde. Trzydnik, wegen Verbrechens des Diebstahles nach §§ 457, 459 MStG., zu schwerem, verschärften Kerker in der Dauer von 2 Jahren.

26. Nachforschung nach dem Täter.

Josek Hochmann, 16 Jahre alt, geboren und zuständig in Ożarów, Kreis Opatów, wegen Übertretung des Diebstahles in Untersuchung, ist geflüchtet.

Sein Aufenthalt ist dem Friedensgerichte in Gościeradów bekanntzugeben, er selbst zu verhaften.

27. Verurteilungen.

Im September 1. J. wurden von dem Friedensgerichte in Janów folgende Urteile gefällt:

1. Stefan Sowa aus Janów wegen Preistreiberei (Seife) 50 Kronen Geldstrafe;
2. Abraham Tajchman aus Janów wegen Preistreiberei (Leder) 200 Kronen Geldstrafe;
3. Schloma Tropper aus Modliborzyce wegen Preistreiberei (Leder) 100 Kronen Geldstrafe;
4. Ciwka Ehrlichmann aus Pułankowice, Gemeinde Wilkołaz, wegen unbefugten Schnapshandel 50 Rubel Geldstrafe und 2 Wochen Kerker;
5. Franz Krystelli aus Annopol wegen unbefugten Spiritushandel 25 Rubel Geldstrafe;
6. Sura Goldner aus Kosin wegen unbefugten Schnapshandel 25 Rubel Geldstrafe.

28. Gendarmerie-Posten-Aufstellung.

Folgende Gendarmerie-Posten wurden neu aufgestellt:

Lipa,	Gemeinde	Zaklików
Boby,	„	Urzędów
Szklarnia,	„	Kawęczyn
Batorz,	„	Chrzanów
Trzydnik d. „		Trzydnik
Godziszów	„	Kawęczyn

Letzterer wird nach Fertigstellung der Ubikationen in die Ortschaft Kawęczyn verlegt.

29. Transportmittel-Anmeldung und Klassifikation.

Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement hat auf Grund der Verordnung des AOK. vom 22. Dezember 1915 mittels Verordnung vom 26. September 1916, VIII., Nr. 66 000/16, S die Klassifikation der Transportmittel angeordnet.

Bezugnehmend auf die Bestimmungen des Amtsblattes Nr. 3 vom 2. Feber 1916, Punkt 5, wird Folgendes anbefohlen:

Zwecks Durchführung dieser Klassifikation sind die Besitzer der Transportmittel verpflichtet, diese in der Zeit vom 17. Oktober 1916 8 Uhr früh, bis 31. Oktober 1916 6 Uhr abends schriftlich, vermittlels der bereits am 13. d. M. an die Gemeindeämter versandten Anmeldungsscheine oder mündlich bei der zuständigen Gemeindevorstellung (Wójt oder Soltys) anzumelden.

Für die Richtigkeit der Anmeldungsscheine bzw. Entgegennahme der mündlichen Anmeldungen sind die Wójte (Soltys) verantwortlich. Im Falle der mündlichen Anmeldung sind die Anmeldungsscheine seitens der Gemeindevorstellungen auszufüllen. Die Wójte und Soltys haben mit aller Strenge darauf zu achten und sind hiefür verantwortlich, daß alle Transportmittelbesitzer ihrer Anmeldungspflicht genauestens nachkommen.

Die in Benützung (Miete, Pfllege) der Besitzer stehenden ärarischen Pferde sind nicht anzumelden.

Die Anmeldungsscheine sind unentgeltlich seitens der Wójte und Soltys an die Transportmittelbesitzer auszufolgen. Die Bevölkerung ist zu belehren, daß die Anmeldung der Transportmittel sowie auch ihre Vorführung zur Klassifikation keinesfalls die sofortige Aushebung der Transportmittel in sich schließt und lediglich nur Evidenzzwecken dient. Die Verpflichtung der Evidenthaltung der Transportmittel erstreckt sich auch auf die Gemeindevorstellungen. Die gesammelten Anmeldungsscheine sind für jede Ortschaft alphabetisch zu ordnen, mit Gemeindestampiglienabdruck zu versehen und mit einem Boten bis spätestens 2. November 1916 samt den, eventuell seitens der Transportmittelbesitzer beigebrachten Nachweise für Befreiungsgründe dem Kreiskommando vorzulegen. Die angemeldeten Transportmittel sind durch die Gemeindeämter in Evidenz zu führen.

Ferner haben die Gemeindevorstellungen alle angemeldeten Veränderungen des dauernden Standortes und der Besitzverhältnisse, insoweit die Transportmittel in den Bereich einer anderen Gemeinde übergehen, der betreffenden Gemeindevorstellung und dem Pferdeergänzungsbezirkskommando in Zamość innerhalb 8 Tagen nach der Anmeldung zwecks Richtigstellung der Evidenz kurz mitzuteilen und die eigene Evidenz zu berichtigen.

Die gleichzeitig zur Versendung gelangende Kundmachung, betreffend die Anmeldung der Transportmittel, ist durch öffentlichen Anschlag und sonst in ortsüblicher Weise sofort zu verlaublichen.

Diese Kundmachung lautet:

KUNDMACHUNG

betreffend die Anmeldung der Transportmittel.

Auf Grund des § 5 der Verordnung des k. u. k. Armeeoberkommandanten vom 22. Dezember 1915, betreffend die Aushebung der Transportmittel für militärische Zwecke, werden die Besitzer von Transportmitteln aufgefordert, innerhalb der Frist vom 17. Oktober 1916

8 Uhr früh, bis 31. Oktober 1916 6 Uhr abends die Zahl und Gattung ihrer Reit-, Zug- und Tragtiere, dann ihrer für den animalischen und motorischen Zug bestimmten Fahrzeuge, sowie die ihnen gehörenden Reitzeuge, Beschirrungen und Tragtierausrüstungen bei der zuständigen Gemeindevorstellung anzumelden.

Die Anmeldung hat möglichst schriftlich mittels eines bei den Gemeindevorstellungen unentgeltlich erhältlichen Anmeldescheines oder aber mündlich zu erfolgen.

Die Besitzer von Transportmitteln sind nach § 4 der oben zitierten Verordnung des k. u. k. Armeeeoberkommandanten verpflichtet, jede in der Zeit der Anmeldung der Transportmittel bis zu deren Klassifikation sich ergebende Veränderung am angemeldeten Gegenstande innerhalb einer Woche nach dem Eintritt der Veränderung der zuständigen Gemeindevorstellung anzuzeigen.

Die im § 10 der Verordnung des k. u. k. Armeeeoberkommandanten enthaltenen Befrei-

ungsgründe sind bei der Anmeldung der Transportmittel geltend zu machen und in der betreffenden Spalte des Anmeldescheines einzutragen. Die Nachweise der Befreiungsgründe sind gelegentlich der Rückstellung der ausgefüllten Anmeldescheine oder gleichzeitig mit der mündlichen Anmeldung der Gemeindevorstellung zu übergeben. Die Befreiungsgründe und die hiezu erforderlichen Nachweise sind im Formular der Anmeldescheine ersichtlich gemacht.

Besitzer von Transportmitteln, welche der vorstehenden Verpflichtung nicht nachkommen, unterliegen gemäß den im § 23 der oben zitierten Verordnung des k. u. k. Armeeeoberkommandanten enthaltenen Strafbestimmungen, soweit die Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt, Geldstrafen bis zu dreitausend Kronen oder einer Arreststrafe bis zu drei Monaten, eventuell neben der Geldstrafe auch noch einer Arreststrafe bis zu einem Monat.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

von THALHAMMER m. p., Oberst.

Beilage A.

K. u. k. öarischer Spiritus-Verschleiß

Kleines Wappen

im Okkupationsgebiete
Polens.

Spiritus $\frac{95^0}{50^0}$

Eimer-Preis	R.	Kop.
Preis des Gefäßes	„	„
Zusammen	R.	Kop.

(Stampiglie)

K. u. k.
**Spiritus-
Magazin**
Nr.

in _____

